

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 94 — 3126

[S-Mac — 33092]

**18. JULI 1994. — Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal des Ministeriums
und der Regierungskabinette der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli, 18. Juli 1990, 16. Juli 1993 und 30. Dezember 1993;

Aufgrund des Protokolls S 5/94 des Sektorenausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 25. April 1994;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 13. Juli 1994;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal.

Beschließt:

Artikel 1. Im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Sozialdienst zugunsten der in Artikel 2 bezeichneten Personen eingerichtet.

Art. 2. Unter der Bedingung, daß sie keine Vorzüge von einem Sozialdienst einer anderen Einrichtung genießen, sind die Nutznießer des Sozialdienstes folgende Personen:

1. die Personalmitglieder der Kabinette der Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die als solche die in Artikel 10 des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1990 bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionsweise der Kabinette der Mitglieder der Exekutive sowie bezüglich der Personalmitglieder der Dienste der Exekutive, die zur Mitarbeit im Kabinett eines Regierungsmitglieds berufen werden, vorgesehene Entschädigung oder Kabinettszulage beziehen und deren Gehalt oder Kabinettszulage zu Lasten von Zuweisung 11.02 des Organisationsbereiches 10 — Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Programm 00 — Funktionskosten, ausbezahlt wird;

2. die Personen, die aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 17. Mai 1990 bezüglich des Kanzleidienstes der Exekutive beim Vorsitzenden der Exekutive bezeichnet werden;

3. die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Gehalt zu Lasten von Zuweisung 11.03 oder von Zuweisung 11.04 des Organisationsbereiches 20 — Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Programm 00 — Funktionskosten, ausbezahlt wird;

4. die pensionierten Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Eintritts in den Ruhestand zu der unter Punkt 1, 2 oder 3 aufgeführten Kategorie gehörten;

5. die Witwen, Witwer und Waisen, deren Gatte, Gattin oder Elternteil zum Zeitpunkt des Ablebens zu der unter Punkt 1, 2 oder 3 aufgeführten Kategorie gehörte;

6. die Kinder und die Ehepartner, insofern sie zu Lasten einer Person gehen, die zu einer unter Punkt 1, 2 oder 3 aufgeführten Kategorie gehören.

Die in Punkt 6 aufgeführten Kinder und Ehepartner haben kein Antragsrecht.

Ausgeschlossen sind die Personen, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft über eine in Punkt 1 bezeichnete Haushaltszuweisung ein Gehalt vorfinanziert und dieses von einer anderen Einrichtung zurückerstattet wird.

Art. 3. Im Rahmen der zu diesem Zweck im Ausgabenhaushaltsplan vorgesehenen Mittel, können den in Artikel 2 bezeichneten Personen entweder individuelle oder kollektive Vorteile gewährt werden.

Im Bereich der kollektiven Hilfe umfassen die Aufgaben des Sozialdienstes unter anderem:

— die soziale und juristische Beratung bei Fragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Regierung, dem Kanzleidienst oder dem Ministerium stehen;

— die Förderung der Gesundheit und der gesundheitlichen Vorbeugung am Arbeitsplatz;

— die Vorbereitung auf die Pension;

— die Förderung von Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten.

Art. 4. Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft betraut eine von ihr zugelassene Vereinigung ohne Erwerbszweck mit der Durchführung der Aufgaben des Sozialdienstes.

Zu diesem Zweck und im Rahmen der dafür vorgesehenen Haushaltsmittel erhält die Vereinigung ohne Erwerbszweck einen jährlichen Zuschuß.

Art. 5. Um zugelassen zu werden, muß die Vereinigung ohne Erwerbszweck folgendes in ihre Satzung aufnehmen:

1° die ausschließliche Zulassung der Personen, die in Artikel 2 des vorliegenden Erlasses aufgezählt sind, als Mitglieder;

2° den Zweck der Vereinigung, der die in Artikel 3 genannten Hilfen zum Ziel hat;

3° die Mandate des Verwaltungsrates der Vereinigung, die verhältnismäßig aufgeteilt werden unter den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen, die im Sektorenausschuß XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten sind, in Ausführung des Erlasses vom 28. September 1984 zur Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Organisation der Beziehungen zwischen den Öffentlichen Behörden und der Gewerkschaften der Bediensteten, die diesen Behörden unterstehen;

4° die Anwesenheit eines Vertreters der Regierung, der von rechtswegen mit beratender Stimme an den Versammlungen des Verwaltungsrates, der Generalversammlung und anderer Organe der Vereinigung ohne Erwerbszweck teilnimmt;

5° die Verpflichtung der Vereinigung, die Ausführung jeglicher Maßnahmen auszusetzen, wenn der Vertreter der Regierung innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem Tag der Versammlung Einspruch erhebt gegen eine Entscheidung, die er für gesetzes-, ordnungs- oder satzungswidrig hält oder wenn er der Meinung ist, sie verstoße gegen das Allgemeinwohl. Die Regierung entscheidet über den Einspruch binnen 15 Arbeitstagen nach dem Tag des Erhalts des Einspruches;

6° die Überprüfung der Bücher der Vereinigung durch den in Punkt 4° genannten Vertreter;

7° einen schriftlichen Bericht des Sozialassistenten vor jeder Entscheidung bezüglich individueller Hilfe.

Art. 6. Die zugelassene Vereinigung ohne Erwerbszweck muß die Zustimmung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einholen für:

1° die Organisation von Verlosungen, Sammlungen jeglicher Art und den Verkauf von Abzeichen;

2° den Ankauf, Verkauf, Bau und die Arbeiten an Immobilien, die zur Ausübung der Tätigkeiten der Vereinigung von Nutzen sind;

3° die Abwicklung von Anleihen und Mietverträgen.

Art. 7. § 1 Die Tätigkeiten der zugelassenen Vereinigung ohne Erwerbszweck werden von dem Vertreter, der von der Regierung ernannt worden ist, kontrolliert.

Dieser Vertreter darf die folgenden Funktionen ausüben:

1° die Versammlung des Verwaltungsrates einberufen und im Rahmen seiner Zuständigkeit seine Vorschläge auf die Tagesordnung setzen;

2° die Tätigkeiten und die Bücher der Vereinigung überprüfen;

3° gemäß den in Artikel 5, Punkt 5°, vorgesehenen Modalitäten Einspruch erheben gegen eine Entscheidung, die er für gesetzes-, ordnungs- oder satzungswidrig hält, oder wenn er der Meinung ist, sie verstoße gegen das Allgemeinwohl.

Der Einspruch erfolgt in den 5 Arbeitstagen nach dem Tag der Versammlung, in der die Entscheidung getroffen wurde. Der Einspruch hat aussetzende Wirkung.

Der Einspruch wird bei dem zuständigen Minister eingereicht. Dieser entscheidet binnen 15 Arbeitstagen nach dem Tag des Erhalts des Einspruchs über die zu treffenden Maßnahmen. Erfolgt dies nicht, ist der Einspruch abgelehnt.

§ 2 Der Vertreter der Regierung kann zur Ausübung seiner Funktion alle Dokumente der Vereinigung einsehen, außer den persönlichen Akten der Hilfeleistungsempfänger, die alleine dem Sozialassistenten zur Verfügung stehen.

Art. 8. Der Verwaltungsrat muß der Regierung jährlich vor dem 31. März einen Bericht zum abgelaufenen Haushaltsjahr einreichen.

Die eventuelle Anfrage von Haushaltsmitteln für das dem Haushaltsjahr folgende Jahr muß spätestens am 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres abgegeben werden.

Art. 9. Die Anerkennung als Vereinigung ohne Erwerbszweck kann von der Regierung durch eine begründete Entscheidung zurückgezogen werden, wenn:

— die Vereinigung die in diesem Erlaß definierten Ziele des Sozialdienstes nicht verfolgt;

— sie gegen die in Artikel 6 und 7 genannten Bestimmungen verstößt.

In diesem Falle übernimmt die Regierung vorübergehend die Verwaltung des Sozialdienstes.

Art. 10. Die Vereinigung ohne Erwerbszweck kann für die Aufgaben des Sozialarbeiters, für Sekretariatsarbeiten und Büromaterial auf die Hilfe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zurückgreifen.

Art. 11. Der Erlaß der Exekutive vom 23. Mai 1990 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist aufgehoben.

Art. 12. Der Minister-Präsident, zuständig für den Haushalt und das Personal, wird mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Art. 13. Der Erlaß tritt am 1. Juli 1994 in Kraft.

Eupen, den 18. Juli 1994.

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, Volksgesundheit, Familie und Senioren, Sport, Tourismus,
Internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,

J. MARAITE

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

B. GENTGES

Der Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[S-Mac — 33092]

F. 94 — 3126

**18 JUILLET 1994. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone
portant création d'un service social pour le personnel du Ministère
et des cabinets ministériels de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 16 juillet 1993 et 30 décembre 1993;

Vu le procès-verbal S 5/94 du Comité de secteur de la Communauté germanophone du 25 avril 1994;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 13 juillet 1994;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel.

Arrête :

Article 1er. Il est créé auprès du Ministère de la Communauté germanophone un service social en faveur des personnes désignées à l'article 2.

Art. 2. Les bénéficiaires du service social sont, pour autant qu'ils ne bénéficient déjà d'avantages offerts par le service social d'une autre institution :

1° les membres du personnel des cabinets des ministres du Gouvernement de la Communauté germanophone qui perçoivent en tant que tels l'indemnité ou l'allocation de cabinet prévue à l'article 10 de l'arrêté de l'Exécutif du 19 décembre 1990 portant sur la composition et le fonctionnement des cabinets des membres de l'Exécutif ainsi que sur les membres du personnel des services de l'Exécutif appelés à collaborer dans le cabinet d'un membre du Gouvernement, et dont le traitement ou l'allocation de cabinet est liquidée à charge de l'allocation de base 11.02 de la Division organique 10 — Gouvernement de la Communauté germanophone, Programme 00 — Frais de fonctionnement;

2° les personnes qui sont désignées en vertu de l'arrêté de l'Exécutif du 17 mai 1990 relatif à la chancellerie de l'Exécutif auprès du président de l'Exécutif;

3° les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone dont le traitement est liquidé à charge de l'allocation de base 11.03 ou de l'allocation de base 11.04 de la Division organique 20 — Ministère de la Communauté germanophone, Programme 00 — Frais de fonctionnement;

4° les agents pensionnés qui, au moment de leur mise à la retraite, appartenaient à une des catégories reprises aux points 1°, 2° ou 3°;

5° les veuves, veufs et orphelins dont l'époux, l'épouse, le parent appartenait, au moment de son décès, aux catégories reprises aux points 1°, 2° ou 3°;

6° les enfants et les conjoints, dans la mesure où ils sont à charge d'une personne appartenant à une des catégories reprises aux points 1°, 2° ou 3°.

Les enfants et conjoints visés au point 6° ne sont pas autorisés à introduire une demande.

Sont exclues les personnes pour lesquelles la Communauté germanophone préfinance, par le biais d'une allocation budgétaire visée au point 1°, un traitement qui lui est remboursé par une autre institution.

Art. 3. Dans la limite des crédits prévus à cet effet dans le budget des dépenses, des avantages individuels ou collectifs peuvent être accordés aux personnes visées à l'article 2.

Dans le domaine de l'aide collective, les tâches du service social comprennent entre autres :

— la consultation sociale et juridique pour des questions qui ne sont pas en rapport direct avec le Gouvernement, la chancellerie ou le Ministère;

— la promotion de la santé et de la prévention en matière de santé sur le lieu de travail;

— la préparation de la pension;

— la promotion d'activités culturelles, sportives et de loisirs.

Art. 4. Le Gouvernement de la Communauté germanophone charge une association sans but lucratif, agréée par lui, de l'exécution des tâches du service social.

A cet effet et dans la limite des crédits budgétaires prévus à cette fin, l'association sans but lucratif obtient un subside annuel.

Art. 5. L'association sans but lucratif doit, pour être agréée, inclure ce qui suit dans ses statuts :

1° d'accepter uniquement comme membres les personnes visées à l'article 2 du présent arrêté;

2° l'objet de l'association qui est d'accorder les aides visées à l'article 3;

3° de répartir les mandats du Conseil d'administration de l'association entre les organisations syndicales représentatives qui sont représentées au sein du Comité de Secteur XIX de la Communauté germanophone, conformément à l'arrêté du 28 septembre 1984 portant exécution de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités;

4° la présence d'un représentant du Gouvernement qui prend part de plein droit, avec voix consultative, aux réunions du Conseil d'administration, de l'assemblée générale et des autres organes de l'association sans but lucratif;

5° l'obligation, pour l'association, d'arrêter l'exécution de toute mesure lorsque le représentant du Gouvernement introduit, dans un délai de 5 jours ouvrables après le jour de l'assemblée, un recours contre une décision qu'il estime contraire aux lois, aux règlements ou aux statuts ou lorsqu'il est d'avis qu'elle s'oppose à l'intérêt général. Le Gouvernement statue sur le recours dans un délai de 15 jours ouvrables après réception dudit recours;

6° la vérification des livres de comptes de l'association par le représentant nommé au point 4°;

7° un rapport écrit de l'assistant social avant toute décision relative à une aide individuelle.

Art. 6. L'association sans but lucratif agréée doit demander l'accord du Gouvernement de la Communauté germanophone pour :

- 1° l'organisation de tombolas, de collectes de toutes sortes et la vente d'insignes;
- 2° l'achat, la vente, la construction et les travaux concernant des biens immeubles utiles à l'exercice des activités de l'association;
- 3° le règlement d'emprunts et de contrats de location.

Art. 7. § 1er. Les activités de l'association sans but lucratif agréée sont contrôlées par le représentant nommé par le Gouvernement.

Ce représentant peut exercer les fonctions suivantes :

1° convoquer l'assemblée du Conseil d'administration et porter à l'ordre du jour ses propositions dans le cadre de ses compétences;

2° vérifier les activités et les livres de comptes de l'association;

3° conformément aux modalités prévues à l'article 5, 5°, introduire un recours contre une décision qu'il estime contraire aux lois, aux règlements ou aux statuts, ou lorsqu'il est d'avis qu'elle s'oppose à l'intérêt général.

Le recours est introduit dans un délai de 5 jours ouvrables après le jour de l'assemblée au cours de laquelle la décision a été prise. Le recours est suspensif.

Le recours est introduit auprès du Ministre compétent. Celui-ci décide, dans un délai de 15 jours ouvrables après la réception du recours, des mesures à prendre. Dans le cas contraire, le recours est rejeté.

§ 2. Pour l'exercice de sa fonction, le représentant du Gouvernement peut prendre connaissance de tous les documents de l'association sauf les dossiers personnels des bénéficiaires de l'aide qui sont à la seule disposition de l'assistant social.

Art. 8. Le Conseil d'administration doit présenter chaque année au Gouvernement, avant le 31 mars, un rapport relatif à l'année budgétaire écoulée.

La demande éventuelle de crédits budgétaires pour l'année suivant l'année budgétaire doit être remise au plus tard le 30 juin de l'année budgétaire en cours.

Art. 9. Le Gouvernement peut, par une décision motivée, retirer l'agrément de l'association sans but lucratif si

- l'association ne poursuit pas les buts du service social définis dans cet arrêté;
- elle ne respecte pas les dispositions des articles 6 et 7.

Dans ce cas, le Gouvernement assume provisoirement la gestion du service social.

Art. 10. L'association sans but lucratif peut solliciter l'aide du Ministère de la Communauté germanophone pour les tâches du travailleur social, pour du travail de secrétariat et du matériel de bureau.

Art. 11. L'arrêté de l'Exécutif du 23 mai 1990 portant création d'un service social pour le personnel de l'Administration de la Communauté germanophone est abrogé.

Art. 12. Le Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Art. 13. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er juillet 1994.

Eupen, le 18 juillet 1994.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport, du Tourisme,
des Relations internationales et des Monuments et Sites,

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,
B. GENTGES

Le Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale
et de la Reconversion professionnelle,

K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 94 — 3126

[S-Mac — 33092]

**18 JULI 1994. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van het Ministerie
en van de regeringskabinetten van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd
bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 16 juli 1993 en 30 december 1993;

Gelet op het protocol S 5/94 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 25 april 1994;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 13 juli 1994;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel,

Besluit :

Artikel 1. Bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap wordt een sociale dienst ingericht ten gunste van de personen bedoeld in artikel 2.

Art. 2. Voor zover zij geen voordeel van een sociale dienst van een andere instelling genieten zijn de begunstigen van de sociale dienst :

1° de personeelsleden van de kabinetten der ministers van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap die in deze hoedanigheid de vergoeding of kabinetsloelage, bepaald in artikel 10 van het besluit van de Executieve van 19 december 1990 betreffende de samenstelling en de werking van de kabinetten van de leden van de Executieve alsmede betreffende de personeelsleden van de diensten der Executieve aangewezen om in het kabinet van een regeringslid mee te werken, verkrijgen en wier wedde of kabinetsloelage door middel van de basisallocatie 11.02 van de Organisatieafdeling 10 — Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Programma 00 — Werkingskosten - uitbetaald wordt;

2° de personen die krachtens het besluit van de Executieve van 17 mei 1990 betreffende de kanselarij van de Executieve bij de voorzitter van de Executieve aangeduid worden;

3° de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, wier wedde door middel van de basisallocatie 11.03 of 11.04 van de Organisatieafdeling 20 — Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, Programma 00 — Werkingskosten uitbetaald wordt;

4° de gepensioneerde bedienden die op het ogenblik van hun inruststelling tot één van de categorieën opgenomen onder 1°, 2° of 3° behoorden;

5° de weduwen, weduwnaars en wezen wier echtgenoot of ouder op het ogenblik van zijn afsterven tot één van de categorieën opgenomen onder 1°, 2° of 3° behoorde;

6° de kinderen en de echtgenoten die ten laste zijn van een persoon die tot één van de categorieën opgenomen onder 1°, 2° of 3° behoort.

De onder 6° bedoelde kinderen en echtgenoten hebben geen recht op aanvraag.

De personen voor wie de Duitstalige Gemeenschap door middel van een begrotingsallocatie bedoeld in 1° een wedde voorlopig financiert die door een andere instelling terugbetaald wordt, worden uitgesloten.

Art. 3. Binnen de perken van de daarvoor in de uitgavenbegroting bepaalde middelen kunnen ofwel individuele ofwel collectieve voordelen aan de in artikel 2 bedoelde personen worden toegekend.

Op het gebied van de collectieve hulpverlening omvatten de opdrachten van de sociale dienst onder andere :

— de sociale en juridische raadgeving voor vragen die geen direct verband houden met de Regering, de kanselarij of het Ministerie;

— de bevordering van de gezondheid en van de preventie inzake gezondheid op het werk;

— de voorbereiding op de inruststelling;

— de bevordering van culturele, sport- en vrijetijdsbestedingsactiviteiten.

Art. 4. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap belast een door haar erkende vereniging zonder winstoogmerk met de uitvoering van de opdrachten van sociale dienst.

Te dien einde en binnen de perken van de daarvoor bepaalde begrotingsmiddelen krijgt de vereniging zonder winstoogmerk een jaarlijkse toelage.

Art. 5. Om erkend te worden moet de vereniging zonder winstoogmerk hetgeen volgt in haar statuten opnemen :

1° de bepaling dat slechts de personen bedoeld in artikel 2 van dit besluit als lid aanvaard worden;

2° het doel van de vereniging, d.w.z. de verlening van het in artikel 3 vermelde hulpbetoon;

3° de mandaten van de Raad van Bestuur van de vereniging die evenredig worden verdeeld onder de representatieve vakbonden die bij het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap vertegenwoordigd zijn overeenkomstig het besluit van 28 september 1984 tot uitvoering van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel;

4° de aanwezigheid van een vertegenwoordiger van de Regering, die van rechtswege met raadgevende stem aan de bijeenkomsten van de Raad van Bestuur, van de algemene vergadering en van de andere organen van de vereniging zonder winstoogmerk deelneemt;

5° de verplichting voor de vereniging, de uitvoering van iedere maatregel te schorsen wanneer de vertegenwoordiger van de Regering binnen een termijn van vijf werkdagen na de dag van de vergadering in beroep gaat tegen een beslissing waarvan hij meent dat zij de wetten en verordeningen of de statuten tegengaat of wanneer hij van mening is dat zij in strijd is met het algemeen belang. De Regering neemt een beslissing inzake het beroep binnen een termijn van 15 werkdagen na ontvangst van bovenvermeld beroep;

6° de verificatie van de boeken van de vereniging door de onder 4° bedoelde vertegenwoordiger;

7° een schriftelijk bericht van de maatschappelijk werker voor elke beslissing betreffende een individuele hulpverlening.

Art. 6. De erkende vereniging zonder winstoogmerk moet de toestemming van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap inwinnen voor :

1° de organisatie van tombola's, allerhande inzamelingen en de verkoop van insignes;

2° de aan- en verkoop, de bouw en de werken aan onroerende goederen die nodig zijn voor het uitoefenen van de activiteiten van de vereniging;

3° de regeling van leningen en huurovereenkomsten.

Art. 7. § 1. De activiteiten van de erkende vereniging zonder winstoogmerk worden gecontroleerd door de vertegenwoordiger benoemd door de Regering.

Deze vertegenwoordiger mag de volgende functies waarnemen :

1° de vergadering van de Raad van Bestuur bijeenroepen en, in het kader van zijn bevoegdheden, zijn voorstellen op de agenda stellen;

2° de activiteiten en de boeken van de vereniging verifiëren;

3° overeenkomstig de modaliteiten vastgelegd in artikel 5, 5° in beroep gaan tegen een beslissing waarvan hij meent dat zij de wetten, verordeningen of statuten tegengaat of wanneer hij van mening is dat Zij in strijd is met het algemeen belang.

Het beroep wordt ingediend binnen een termijn van 5 werkdagen na de dag van de vergadering tijdens dewelke de beslissing werd genomen. Het beroep is opschortend.

Het beroep wordt ingediend bij de bevoegde Minister. Deze beslist binnen een termijn van 15 werkdagen na de dag van de ontvangst van het beroep welke maatregelen moeten worden genomen. Zo niet is het beroep afgewezen.

§ 2. De vertegenwoordiger van de Regering mag voor het uitoefenen van zijn functie in alle documenten van de vereniging inzage nemen met uitzondering van de persoonlijke dossiers betreffende de hulpgechtigden die slechts ter beschikking staan van de maatschappelijk werker.

Art. 8. Jaarlijks moet de Raad van Bestuur de Regering vóór 31 maart een bericht over het afgelopen begrotingsjaar voorleggen.

De eventuele aanvraag om begrotingsmiddelen voor het jaar na het begrotingsjaar moet ten laatste op 30 juni van het lopende begrotingsjaar worden ingediend.

Art. 9. De erkenning als vereniging zonder winstoogmerk kan na een met redenen omklede beslissing door de Regering worden ingetrokken als

— de vereniging de in dit besluit gedefinieerde doeleinden van de sociale dienst niet nastreeft;

— ze de bepalingen van de artikelen 6 en 7 overtreedt.

In dit geval zorgt de Regering voorlopig voor het beheer van de sociale dienst.

Art. 10. De vereniging zonder winstoogmerk kan een beroep doen op de hulp van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap voor de opdrachten van de maatschappelijk werker, voor secretariaatswerk of voor bureaumateriaal.

Art. 11. Het besluit van de Executieve van 23 mei 1990 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap is opgeheven.

Art. 12. De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Art. 13. Dit besluit treedt in werking op 1 juli 1994.

Eupen, 18 juli 1994.

De Minister-President,
Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport, Toerisme,
Internationale Betrekkingen en Monumenten en Landschappen,

J. MARAITE

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

B. GENTGES

De Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

K.-H. LAMBERTZ

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 94 — 3127

[C — 27643]

6 OCTOBRE 1994. — Arrêté du Gouvernement wallon fixant les conditions d'octroi de l'intervention dans la rémunération et les charges sociales, accordée par le Fonds communautaire pour l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées aux employeurs qui occupent des travailleurs handicapés en vue de favoriser leur adaptation professionnelle

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret (II) de la Région wallonne du 22 juillet 1993 attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française, notamment l'article 3, 7°;

Vu le décret de la Communauté française du 3 juillet 1991 relatif à l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées, notamment l'article 6, alinéa 1er, 10° et 11°;

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés, notamment l'article 85, alinéa 2b, modifié par l'arrêté royal du 16 mars 1965;

Vu l'avis du Conseil de gestion du Fonds communautaire pour l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 3 octobre 1994;